



## Pressemitteilung

### **Geld vom Bund soll's richten – Wenn es doch so einfach wäre!**

Gerade mal zwei Monate vor Sommerferienbeginn fällt heute die Entscheidung im Bund, eine Milliarde Euro in Nachhilfe- und Förderprogramme zu stecken und eine weitere Milliarde für den Abbau sozialer und psychischer Folgen der Corona Krise.

Beide Programme sind wichtig, deswegen haben wir sie ja auch schon seit einem Jahr gefordert. Aber durch Positionen im Haushalt ist kein einziger Lehrer zusätzlich eingestellt, keine Klarheit geschaffen, wer von solchen Programmen profitieren muss, was genau das Kind braucht, und wie solche Maßnahmen zum regulären Schulalltag passen sollen.

Genau diese Pläne haben wir in mehreren Schreiben direkt an Schulministerin Yvonne Gebauer, an Ministerpräsident Armin Laschet und auch in vielen Pressemitteilungen gefordert – seit April 2020. Was passiert ist seitdem? Genau. Aus der Elternperspektive herrscht Tabula Rasa, bis auf eine Richtlinie für € 36 Mio. Ferienprogramm. Wie kann es jetzt weitergehen?

Dass der Bund hier reagiert und Geld zur Verfügung stellt – richtig so, aber der Adressat sollten die Schulen sein und nicht die Schulträger. Weiß man in NRW damit etwas anzufangen? Nach den Erfahrungen der vergangenen Monate sind wir sehr skeptisch.

Wir haben mehrfach kritisiert, dass die Politik in NRW sich in der Schulpolitik keine Handlungsoptionen verschafft. Eltern schauen in ihrer Verzweiflung nun hoffnungsvoll zum Regierungschef und stellen vergeblich genau diese Frage nach den Optionen.

Schulpolitik soll Ländersache sein? Selten war der Anspruch zwischen Zuständigkeit und Umsetzung, oder zwischen Haben und Soll so groß wie heute. Ist das unsere Perspektive bis September 2021?

*Mit freundlichen Grüßen*

*Der Vorstand der Landeselternschaft der Gymnasien in NRW e.V.*

Düsseldorf, den 05. Mai 2021

Pressekontakt:

[presse@le-gymnasien-nrw.de](mailto:presse@le-gymnasien-nrw.de)

Ansprechpartner: Dieter Cohnen, Tel.: 0211 17 52 52 8